

Schweizerisches Volkblatt, L.
17 Nov. 1951

187 4537

Protestantismus und Kommunismus

Bernischer Regierungsrat contra Basler Theologieprofessor

Die Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche im Kanton Bern hat wiederum schlaglichtartig die Unsicherheit des Protestantismus in seiner Haltung zum Kommunismus beleuchtet und dürfte das passende Seitenstück abgeben zur unermüdlichen Kolportage des Schlagwortes vom «politischen Katholizismus». Im Zentrum der Auseinandersetzung stand wieder einmal der Basler Theologieprofessor Karl Barth, der Führer der dialektischen Richtung in der protestantischen Theologie. Er hatte sich mit einem offenen Brief an den «Kultusminister» der bernischen Regierung gewandt und dieser antwortete mit einer von der Staatskanzlei zuhänden des Grossen Rates herausgegebenen umfanglichen Dokumentation. Näher besehen wird der «Kirchen- und Schulkampf» zu einem Streitfall zwischen dem Erziehungsdepartement auf der einen und der «Bernischen theologischen Arbeitsgemeinschaft» auf der andern Seite. Die Diskussion nennt diese Gruppe etwas verallgemeinernd «Barthianer». Im offiziellen Bericht erscheinen sie gar als Kirche. Wird der Kreis noch enger gezogen, dann konzentriert sich alles auf ein kontrastreiches Gespräch zwischen Regierungsrat Dr. Markus Feldmann, den die Fama als künftigen Bundesrat nennt, und Professor Karl Barth in Basel. Und die Auseinandersetzung betraf Fragen über das Verhältnis von Staat und Kirche, über Landesverteidigung, Kommunismus, Christentum und Demokratie. Die «Tat» hat festgestellt (Nr. 222), dass die Diskussion in ihrem Ausgang «peinlich» sei, weil das Gespräch, das verheissungsvoll begonnen habe, ohne Antwort geblieben sei. «Die Auseinandersetzung, zu der die Geschütze aufgeföhren wurden, ist abgebrochen, und so mirakeln die Luntenteiler untätig hinter den Rohren. Teilweise dieser unerfreuliche Zustand vielleicht Feldmann zuzuschreiben, weil er so vom Leder gezogen, wie es Barth missfallen musste. Gewiss aber bleibt, dass Barth selbst die Begegnung abgeblasen hat, dass er also zum mindesten von dieser Schuld nicht freigesprochen werden kann, wenn wir bedenken, dass die Antwort, die aussteht, nicht Feld-

und dem bernischen Kirchendirektor ihre weit zurückreichende Vorgeschichte. Am 13. November 1927 stellte Barth für die Annahme einer Berner Professur die zwei Bedingungen, dass einmal bei einer folgenden Besetzung kein Vertreter der liberalen Richtung berücksichtigt und sodann sein Gehalt um dreitausend Franken über das Maximum erhöht werde. Die Regierung hat darauf die Berufung abgelehnt. «Es darf daran erinnert werden, dass Barth damals in einer Abhandlung den Staat überhaupt, auch unsern Staat, als das «Tier aus dem Abgrund» bezeichnet hatte, eine Auffassung, die er unseres Wissens erst viel später (in «Christengemeinde und Bürgergemeinde») berichtigte. Es war für den Laien schwer zu verstehen, wie ein Diener Gottes sich gegen besonders erhöhte Bezahlung in den Kirchendienst eines solchen Ungeheuers zu stellen bereit war, dass man ihn über die Besetzung anderer Lehrstühle hätte entscheiden lassen» (Ernst Schürch).

Defaitistischer Antimilitarismus

Diese Episode vor einem Vierteljahrhundert war natürlich nicht der Anlass der Auseinandersetzung, aber sie scheint das salzende Ferment der ganzen Affäre gewesen zu sein. Mehr als die Haltung Karl Barth's machte der Berner Regierung die Stellungnahme seiner Anhängerschaft im Kanton Sorge. «Ein defaitistischer Antimilitarismus ist an sich nichts Neues in der protestantischen Geistlichkeit. Man hat ja schon vor dem Ersten Weltkrieg so etwas wie eine «Generalstreik-Theologie» erlebt, die sich aufs höchste empörte, als einmal Truppen für den Ordnungsdienst in Zürich bereitgestellt wurden, nachdem Gewalttaten gegen Marktverkäufer vorgekommen waren. Es spukt immer noch eine «Wehrlosigkeit aus Glauben», die das Vaterland am liebsten durch absoluten Verzicht auf militärische Verteidigung «schützen» möchte. Die schlimmste Gestalt nahm diese Schwärmerei in der Wochenschrift «La Vie protestante» an, die von der Richtung Barth inspiriert ist. Dieses religiöse Blatt brachte ein Bild, das die Marterung und Ver-

machen, dass er den Grundsatz vertrete, dass der Zweck die Mittel heilige, zumal wenn er wie Barth den gleichen Regierungspraktiken Hitlers gegenüber die Pflicht zum Kampf verkündigt hätte?

Darum empfiehlt der Artikelschreiber der «Wochenzeitung» den Dienern am Wort grössere Behutsamkeit in der politischen Applikation von neutestamentlichen Radikalismen: «Manch pastorlicher Horizont ist indessen nicht weit und abgeklärt genug. Greift ein Seelsorger gar ins Politische, prüfe er vorerst gewissenhaft, ob er der Sache gewachsen sei, und nicht vielmehr unter Umständen ahnungslos ärgerliche, schlimme Missverständnisse ausstreue. Uns dünkt es bestimmt überflüssig, selbst in guten Treuen Anschauungen zu verkünden, die von den geschworenen Feinden unserer Gesellschaftsordnung, vor allem des Christentums, zu ihren Gunsten ausgenützt werden können. . . Wir bemerken das, ohne zu dramatisieren, verstehen lediglich den Aerger des Kirchendirektors über ungeeignete Aussprüche oder Druckerzeugnisse seiner landeskirchlichen Hirten. Sie sind nicht welterschütternd, aber sie führen eines zu Gemüte: der Staat, der Pfarrhäuser baut und ihre Amtsinhaber besoldet, der hält sich befugt, dreinzureden, wo sich Pastoren in seinen ureigenen Bereich einmengen.»

Man stelle sich vor . . .

Welch grosses Geschrei würde sich erheben, wenn katholische Theologen an den politischen Einrichtungen unseres Landes eine so zersetzende Kritik ausüben wollten. Der «Protestant» könnte nicht laut genug die Pauke schlagen. Man begreift daher, wenn Regierungsrat Dr. Feldmann sich gegen das Verächtlich- und gar Schlechtmachen unserer politischen Institutionen wendet. Wenn er auch überzeugt ist, dass unser politisches Leben weder vollkommen ist noch vollkommen sein kann, verwahrt er sich doch gegen den Pessimismus gewisser Pastorenkreise. Er hat bei den Barthianern Mangel an Interesse für die demokratische Staatsform festgestellt

dersprüche verhüllt. Er lehnt die Tyrannei ab und sagt, dass der mündige Christ nur ein mündiger Bürger sein könne, räumt aber ein, dass die Diktatur richtig sein möge, wiewohl sie den Christen entmündigt und die Kritik der Kirche am Staat unterdrückt. «Warum die etwas undurchsichtigen Vorbehalte und die Neutralität zwischen Demokratie und Diktatur? Wir wären geneigt, sie der politischen Konfusion zuzuschreiben, die man in solchen Dingen bei Wortgewaltigen nicht selten antrifft; man braucht sich aber kaum zu wundern, wenn ein Regierungsmann, der sich durch Klarheit und Energie des Denkens auszeichnet, bei Barth den Wunsch wittert, «sich nach keiner Seite hin festzulegen oder behaften zu lassen, sondern für alle Fälle und für jeden etwas bereit zu halten». (Ernst Schürch.)

Das Zwielflicht, in dem die Gestalt und die Meinung des Theologen Barth steht, ist zu einem guten Teil auf sein

differenziertes Denken

zurückzuführen. Der Berichterstatter der «Tat» meint: «Es ist eben Barth nicht gegeben, Parolen vorbehaltlos zu übernehmen, und dies erwarten allzuvielen von ihm. Sie wollen nicht Barth erkennen, sondern die eigenen Meinungen bestätigt haben. Gerade diese Tatsache würde Barth herausfordern, das Recht auf eine Denkweise, die nicht nur schwarz und weiss kennt, überall zur Pflicht zu erheben und die Differenzen an allen Orten zu vertreten. Faul bleibt es aber, wenn Barth die Tatsache, dass der Berner Regierungsrat von Katholiken gerühmt wird, jener andern an die Seite stellt, dass er sein eigenes Lob den Kommunisten zu danken hat. Ganz faul ist es für einen Dialektiker der Intelligenz Barths ferner, wenn er feststellt, dass die Kirche heute bestimmt keinen Anlass habe, gegen den Strom zu gehen und ein Bekenntnis zum Kommunismus abzulegen, um daraus zu folgern: «Aber muss sie darum mit dem Strom gehen — und also mit Amerika und mit dem Papsttum?» Ist denn die Ablehnung der Sowjetbarbarei mit dem Bekenntnis zum Weissen Haus und zum heiligen Rom identisch? So schliesst nur noch der «Vorwärts», der Barth heute verteidigt: «Auf Geheiss und im Interesse von Trustamerika wird gerade Karl Barth angegriffen, weil er

zu der die Geschütze aufgeföhren wurden, ist abgebrochen, und so mirakeln die Luntenermeister untätig hinter den Rohren, Teilweise dieser unerfreuliche Zustand vielleicht Feldmann zuzuschreiben, weil er so vom Leder gezogen, wie es Barth missfallen musste. Gewiss aber bleibt, dass Barth selbst die Begegnung abgeblasen hat, dass er also zum mindesten von dieser Schuld nicht freigesprochen werden kann, wenn wir bedenken, dass die Antwort, die aussteht, nicht Feldmann, sondern einigen noch und vielleicht dem Schweizervolke zu gelten hatte.» Der Berichterstatter der «Tat» stellt nicht nur die allgemeine Verlegenheit fest, sondern möchte durch einen dringenden Appell an Professor Barth ihn zu einem Schlusswort veranlassen. «Nach diesen Erwägungen, die hinüber und herüber genug ungelöste Vorwürfe aufweisen, scheint es uns selbstverständlich, das das Gespräch, das Feldmann aufgenommen hat, eines Schlusses bedarf. Das Schlusswort liegt bei Barth. Die Antwort liegt nicht nur Feldmann, sondern sie gilt, nachdem die persönliche Angelegenheit sich ausweitete — allen. Diesem Aufruf kann sich Barth nicht entziehen. Täte er es dennoch, so kämen wir zum Verdacht, dass unbeschadet seines grossartigen Werkes die Persönlichkeit in politischer Hinsicht ähnlich fragwürdig sei wie jene von Thomas Mann. Wir gestehen aber Thomas Mann mit Bedauern zu, dass er sich in der politischen Sphäre irren darf oder dass er sich gar von ihr zurückhalten kann (täte er es!), während wir vom Theologen die ganze Antwort mit dem ganzen Einsatz des Wissens und des Herzens fordern.»

Man sollte nun glauben, dass ein so dringender Appell nicht mit Schweigen quittiert werden könnte. Und wir haben wohl mit ebenso grosser Spannung auf Barth's Erklärung gewartet wie der Artikelschreiber. Wenn sie auch ausgeblieben ist, können wir deswegen doch nicht zur Tagesordnung übergehen. Die Diskussion ist in mancher Hinsicht für den Katholiken lehrreich. Sie zeigt die

Unsicherheit des Protestantismus

in allen soziologischen Belangen, wie das vor sechs Jahren schon Professor Wilhelm Röpke in seiner Rezension zu Emil Brunners Buch «Gerechtigkeit» mit Nachdruck hervorgehoben hat.

Die Vorgeschichte

Nach dem ausführlichen Bericht von Ernst Schürch «Die Kirche im Staat» hat die Auseinandersetzung zwischen Professor Barth

nungsdienst in Zürich bereitgestellt wurden, nachdem Gewalttaten gegen Marktverkäufer vorgekommen waren. Es spukt immer noch eine «Wehrlosigkeit aus Glauben», die das Vaterland am liebsten durch absoluten Verzicht auf militärische Verteidigung «schützen» möchte. Die schlimmste Gestalt nahm diese Schwärmerei in der Wochenschrift «La Vie protestante» an, die von der Richtung Barth inspiriert ist. Dieses religiöse Blatt brachte ein Bild, das die Marterung und Verspottung Christi durch schweizerische Offiziere und Soldaten darstellt, eine Schändlichkeit, die von einem gleichgerichteten Pfarrer dem Kirchendirektor gegenüber leidenschaftlich verteidigt worden ist.» (Tagesanzeiger Nr. 193.)

Verschiedene Wertmassstäbe

Nun kann man ja freilich der Ansicht sein, dass das Werturteil eines schweizerischen Politikers und eines schweizerischen Theologen über den Kommunismus nicht gleichartig sein könnten, weil ihre Wertmassstäbe eben grundverschieden seien. Ein Artikel der «Wochenzeitung» gibt diese Erklärung: «Der Kommunismus, mit seinem schweizerischen Ableger, der PdA, Stalin und seine Machtpolitiker stellen für den Politiker bedrohliche Handgreiflichkeiten dar, während sie dem Theologen Heimsuchungen, Züchtigungen sein mögen. Armee, Dienstverweigerung, unsere Demokratie, besonders in der von Parteien und Verbänden beschlagnahmten Praxis, sehen von der Kanzel häufig anders aus, als es den politischen Instanzen vertretbar vorkommt.»

Immerhin sollte man zwischen dem, was die Fundamente der Ordnung erschüttert, und dem, was den Staat in seinem Wesen nicht berührt, noch unterscheiden können. Mit einer erstaunlichen Fülle von Belegen hat Dr. Feldmann den Nachweis geführt, dass Karl Barth und sein Anhang der

kommunistische Propaganda

gewollt oder ungewollt eine beachtliche «Schützenhilfe» geleistet haben. Ueber ein Dutzend Belege aus russischen und PdA-Zeitungen werden angeführt, dazu die Reverenz, die Barth auf der Kanzel des Berner Münsters (und der Thuner Stadtkirche) Josef Stalin erwiesen hat. «Wohl war die Rede von blutigen und schmutzigen Händen, aber das Ziel, das sich die russische Gewaltherrschaft gestellt habe, wird als Grund für eine Neutralität der Gesinnung der Kirche hervorgehoben.» Würde man in solchem Falle einem katholischen Theologen nicht den Vorwurf

Pauke schlagen. Man begreift daher, wenn Regierungsrat Dr. Feldmann sich gegen das Verächtlich- und gar Schlechtmachen unserer politischen Institutionen wendet. Wenn er auch überzeugt ist, dass unser politisches Leben weder vollkommen ist noch vollkommen sein kann, verwahrt er sich doch gegen den Pessimismus gewisser Pastorenkreise. Er hat bei den Barthianern Mangel an Interesse für die demokratische Staatsform festgestellt und schreibt darüber an Barth: «Ich lasse die Frage offen, ob und in welchem Masse dieses Desinteressement mit einem Grundzug Ihrer Theologie zusammenhängt, die, wenn ich sie richtig verstehe, dem Menschen im Prinzip überhaupt nichts Rechtes zutraut, sondern ihn als verworfen, grundverdorben und verloren betrachtet. Es darf und muss einmal von einem Vertreter eines demokratischen Staates gesagt werden: Mit Menschen, die sich jeden Tag von neuem ihre absolute Minderwertigkeit und Nichtswürdigkeit, ihre abgründige Verdorbenheit und hoffnungslose Verlorenheit bescheinigen lassen, baut und führt man keine Demokratie; die freiheitliche Staatsform ist darauf angewiesen, an gute Kräfte im Menschen zu appellieren: Mit der prinzipiellen Geringschätzung des Menschen, mit der Negierung seines guten Willens schafft man «Menschenmaterial» für die Diktatur und keine Träger einer Demokratie.»

Regierungsrat Feldmann gesteht der Kirche ohne weiteres ein Wächteramt gegenüber dem Staate zu, aber er wünscht, dass dieses Wächteramt auch ernst genug genommen würde. «Am wenigsten aber darf nach Feldmann der Staat müssig zuschauen, wie das mögliche Unglück eines militärischen Ueberfalls auf die Schweiz vorsorglich als Strafe für eine schlechte soziale Gesinnung dargestellt wird, eine Strafe, die reumütig hinzunehmen wäre. Das zügellose Schlechtmachen der schweizerischen Zustände darf nicht auf der Gegenseite zu ihrer Verherrlichung verführen, wohl aber rechtfertigt sich ein Vergleich dessen, was doch offenbar mit dem (nur Stalin zugebilligten) Ziel der sozialen Gerechtigkeit in der Schweiz seit Jahrzehnten angestrebt und erreicht worden ist, und zwar durch ein politisch mündiges und nicht durch ein entmündigtes Volk. Durch Zusammenarbeit und nicht durch Gewalt, und durch Wertschätzung, und nicht durch Verachtung des einzelnen Menschen.»

Sonderbare Widersprüche

Die Stellung Barths zur Diktatur ist sonderbar unklar, man möchte sagen, durch Wi-

kenntnis zum Kommunismus abzulegen, um daraus zu folgern: «Aber muss sie darum mit dem Strom gehen — und also mit Amerika und mit dem Papsttum?» Ist denn die Ablehnung der Sowjetbarbarei mit dem Bekenntnis zum Weissen Haus und zum heiligen Rom identisch? So schliesst nur noch der «Vorwärts», der Barth heute verteidigt: «Auf Geheiss und im Interesse von Trustamerika wird gerade Karl Barth angegriffen, weil er in bürgerlich-kirchlichen Kreisen ein Wortführer gegen die Remilitarisierung ist.» — Barth, der auch im Blick auf den Kommunismus von heute gefordert hat, zu unterscheiden, sollte derartiger Differenzen inne werden, Differenzen, die ihn allzuoft auch die marxistische Ideologie mit der sowjetrussischen Wirklichkeit verwechseln lassen.»

Klare Position — verwirrende Fragen

Gegenüber der klaren Stellungnahme des Lehramtes der katholischen Kirche zum Kommunismus berührt es sehr eigenartig, wenn der Berichterstatter über die Kommunistendiskussion im Protestantismus in der «Tat» die Fragen aufwirft: «Hat die Kirche das Recht, den Einzelnen zu verdammen, und wäre er selbst kommunistischer Gesinnung? Jene weitere: Ist es im Sinne der Kirchenpolitik vernünftig, durch die Kirche des Westens zum Kampfe aufrufen zu lassen? Welche Dienste leistete man damit den Brüdern, die unter der Macht des Gegners stehen? — Und an Karl Barth: Kann sich die Kirche dem Entscheid unserer Tage entziehen oder ihn auch nur aufschieben? Enthebt uns der Glaube an Gottes Heilsplan dieser Stellungnahme in diesem gegebenen Augenblick? Zuletzt: Wenn die Kirche den prophetischen Auftrag hat, inmitten dieser Welt Gottes Reich als Reich der Gerechtigkeit und des Friedens aufzuweisen, und Barth behauptet, sie habe gerade deshalb kein bestimmtes Programm bestimmter Parteien, Klassen und Nationen vorzulegen, so bleibt doch zuletzt die Frage offen, wie sich der Christ zum Kommunismus im allgemeinen und zu seiner sowjetrussischen Form im besonderen zu verhalten habe. Dass ihm diese Frage beantwortet wird, darf er mit Recht erwarten.»

Man begreift den bernischen Kirchendirektor, wenn er angesichts so rätselvoller Ideologien jenen Prädikanten, denen unsere demokratischen Formen Stein des Anstosses sind, und die andererseits immer vom «Wagnis des Glaubens» reden, den Rat gibt, sich vom befehdeten Staat abzuhalftern und die Kirche auch wirtschaftlich auf eigene Verantwortung zu stellen.

Isidor.